

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Roman Müller-Böhm, Michael Theurer,  
Dr. Marcel Klinge, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/19151 –**

### **Coronahilfen für die Reisewirtschaft**

#### **A. Problem**

Die Tourismusbranche steht angesichts von Reisewarnungen und Einreiseverboten, aber auch Stornierungen von Reisen vor extremen Herausforderungen. Gemäß § 651h Absatz 1 BGB können Kunden ihre Reise vor Reiseantritt jederzeit kündigen. Der Reiseveranstalter kann jedoch eine angemessene Entschädigung verlangen. Er kann jedoch keine Entschädigung verlangen, wenn am Bestimmungsort oder in dessen unmittelbarer Nähe unvermeidbare, außergewöhnliche Umstände auftreten, die die Durchführung der Pauschalreise oder die Beförderung von Personen an den Bestimmungsort erheblich beeinträchtigen. Zu den außergewöhnlichen Umständen gehört die Corona-Pandemie. Insbesondere kleine und mittelständische Reisebüros und Reiseveranstalter sind durch die Stornierungen bereits gebuchter Reisen existenziell belastet, da sie bereits geleistete Anzahlungen bzw. Zahlungen des Reisepreises zurückerstatten müssen. Die Antragsteller fordern deshalb, im Falle von Stornierungen anstelle der Erstattung bereits geleisteter Anzahlungen Gutscheine anzubieten. Sie fordern die Bundesregierung auf, bei der EU-Kommission auf eine entsprechende Änderung der europäischen Pauschalreiserichtlinie hinzuwirken.

Darüber hinaus fordert die Fraktion, dass der Wirtschaftsstabilisierungsfonds auch kleinen und mittelständischen Unternehmen zugänglich gemacht werde, da sie die Struktur der Reisebranche prägen. Gefordert wird ferner eine Arbeitsgruppe „Tourismuskonzept-Corona“, in der Politik, Wissenschaft und Wirtschaft gemeinsam und stetig Wege für sicheren Tourismus erarbeiten.

**B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

### **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/19151 abzulehnen.

Berlin, den 17. Juni 2020

### **Der Ausschuss für Tourismus**

**Sebastian Münzenmaier**  
Vorsitzender und Berichterstatter

**Dr. Klaus-Peter Schulze**  
Berichterstatter

**Gabriele Hiller-Ohm**  
Berichterstatterin

**Roman Müller-Böhm**  
Berichterstatter

**Kerstin Kassner**  
Berichterstatterin

**Markus Tressel**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Klaus-Peter Schulze, Gabriele Hiller-Ohm, Sebastian Münzenmaier, Roman Müller-Böhm, Kerstin Kassner und Markus Tressel**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/19151** in seiner 161. Sitzung am 15. Mai 2020 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, dem Haushaltsausschuss und dem Ausschuss für Wirtschaft und Energie überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Gefordert wird die Öffnung des Wirtschaftsstabilisierungsfonds auch für kleine und mittelständische Unternehmen, mehr Planungssicherheit für Unternehmen und Verbraucher durch Offenlegung erwartbarer Unterstützungsmaßnahmen und Restriktionen, auf EU-Ebene eine Änderung der Pauschalreiserichtlinie zur Ermöglichung von Gutscheinen bei Reiserücktritten sowie die umgehende Vorlage eines Gesetzentwurfs zur nationalen Umsetzung. Ferner wird die Erarbeitung von Wegen für sicheren Tourismus durch eine Arbeitsgruppe „Tourismuskonzept Corona“ gefordert.

### **III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse**

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat in seiner 97. Sitzung am 17. Juni 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 64. Sitzung am 27. Mai 2020 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 73. Sitzung am 27. Mai 2020 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 19/19151 in seiner 46. Sitzung am 17. Juni 2020 abschließend beraten. Der **Ausschuss für Tourismus** hat in seiner 46. Sitzung den Antrag auf Drucksache 19/19151 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** war der Auffassung, dass sich der Antrag relativiert habe, denn durch das Anfang Juni auf den Weg gebrachte Konjunkturpaket mit den Überbrückungshilfen für kleine und mittlere Unternehmen seien wichtige Probleme, die die Reisebranche habe, einer Lösung zugeführt worden. Auch das Thema Busreisen sei gelöst, denn es würde eine zusätzliche Summe von 170 Millionen Euro durch das Verkehrsministerium zur Verfügung gestellt.

Probleme gebe es allerdings in der Hotellerie. Bei den Hotels in den Hochburgen des Deutschlandtourismus laufe es gut, wobei realistischerweise der zwischen Ostern und Pfingsten entstandene Umsatzeinbruch mit Sicherheit nicht aufzuholen sei. Es bleibe zu hoffen, dass die bisher weniger präferierten innerdeutschen Ziele in diesem Jahr ebenfalls von den Deutschen bevorzugt besucht würden.

Eine zusätzliche Arbeitsgruppe „Tourismuskonzept Corona“ einzurichten, werde nicht für erforderlich gehalten. Die Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums machten gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum Tourismus des Bundes eine gute Arbeit, seien aber nur bis zu einem bestimmten Bereich belastbar. Man solle sich auf das konzentrieren, was die Koalition auf den Weg gebracht habe.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, dass die Vorschläge der Fraktion der FDP die Branche nicht retten würden. Viele Forderungen seien überholt, wie der geforderte Wirtschaftsstabilisierungsfonds für kleine und mittelständische Unternehmen. Die Bundesregierung habe gerade die kleinen und mittelständischen Unternehmen über das Konjunkturprogramm jetzt gut abgesichert, auch mit Soforthilfen auf die der Mittelstand auch zugreifen könne. Zudem gebe es das KfW-Kreditprogramm, mit denen kleine und mittelständische Unternehmen Zugang zu günstigen Krediten erhielten.

Auch die Forderung nach einer besseren Kommunikation sei überholt, weil die Bundesregierung die einzelnen Länder und das Kompetenzzentrum Tourismus die Branche über die Entwicklung der Hilfsprogramme und Restriktionen auf dem Laufenden hielten.

Die Kritik, dass es so schwer gelinge, dass sich die einzelnen Länder auf eine einheitliche Vorgehensweise abstimmen, sei nicht unberechtigt. Wegen des gelebten Föderalismus sei die Einflussnahme von Bundesseite her schwierig und stoße an Grenzen. Das betreffe zum Beispiel auch die Busbranche. Wenn in 16 Bundesländern unterschiedliche Regelungen gelten, dann sei das für den Busreiseverkehr schwierig.

Was die Neuordnung der Kundegeldabsicherung nach der EU-Pauschallreiserichtlinie angehe, daran arbeite die Bundesregierung. Für die Rückzahlungsverpflichtungen aufgrund der Corona-Pandemie, werde jetzt ein Gesetz für freiwillige Gutscheine auf den Weg gebracht. Das sei eine gute Lösung, weil die freiwilligen Gutscheine entsprechend vom Bund abgesichert würden. Kundinnen und Kunden hätten bei einer Insolvenz des Reiseunternehmens die Möglichkeit, ihr Geld in voller Höhe zurückzuerhalten, was dafür spreche, dass Viele diese Gutscheinlösung auch in Anspruch nehmen werden.

Die Forderung nach einer Arbeitsgruppe „Tourismuskonzept Corona“ sei überholt, da der Tourismusbeirat bereits eine gute Plattform, eine gute Task Force, für alle unterschiedlichen Ebenen im Tourismus bietet.

Die **Fraktion der AfD** erinnerte daran, dass die Bundesregierung den Reiseveranstaltern zunächst erlauben wollte, Urlaubern, deren Reise wegen der Pandemie storniert wurde, anstatt den Reisepreis zu erstatten einen Gutschein auszuhändigen. Dem habe die EU-Kommission eine Absage erteilt und klargestellt, dass Verbraucher die Wahl zwischen Gutschein und Rückerstattung hätten. Es sei also verwunderlich, wenn mit dem Antrag exakt das gefordert würde, was heute schon der Rechtslage entspreche. Auch die Forderung nach einem Arbeitskreis sei wenig sinnvoll, denn einen Arbeitskreis, der die Branche abbilde gebe es schon, nämlich den beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie angesiedelten Tourismusbeirat.

Was die Reisebranche brauche sei Umsatz. Dazu sei im Auslandstourismus die weltweite Reisewarnung aufzuheben und stattdessen nach der Situation in den jeweiligen Reiseländern zu entscheiden. Im Inland sei der Shutdown komplett zu beenden, indem man Hotels, Restaurants und anderen Tourismusangeboten erlaube, wieder zu öffnen.

Die **Fraktion der FDP** machte deutlich wie ernst und dringlich die Lage für die deutsche Reisewirtschaft mit ihren drei Millionen Beschäftigten sei. Von der Europäischen Kommission seien zwar gewisse Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstabilisierungsfond gesetzt worden, allerdings halte die Fraktion nach wie vor daran fest, dass es eines Rettungsfonds für den Tourismus bedürfe, der vor allem für die Branche zinsgünstige Kredite bereitstelle, und zwar in einem deutlich interessanteren Format als es bisher vorgesehen sei. Die von der KfW angebotenen Kredite seien für die Tourismusbranche nicht sinnvoll, da die Unternehmen in einer schwierigen Lage keine Kredite aufnehmen würden, wenn sie keine Perspektive hätten. Auch wenn der Markt sich erhole, seien Kredite das falsche Instrument. Das Angebot und die angebotenen Formate mit viel zu kurzen Laufzeiten, teilweise nur fünfjährigen Rückzahlfristen und entsprechenden Zinsen, seien für eine Branche mit niedrigen Margen einfach nicht stemmbar.

Darüber hinaus gelte nach wie vor auch, dass die Maßnahmen in den Bundesländern harmonisiert würden. Natürlich sei das schwierig, das könne der Bundestag oder die Bundesregierung nicht einfach entscheiden, dafür bedürfe es einer Mitwirkung der Länder, das sei klar. Trotzdem sei es die Aufgabe und immer noch Zeit für die Bundesregierung, hier federführend nach Lösungen zu suchen, wie das Ganze harmonisiert werden könne.

Vor dem gleichen Problem stehe die Busbranche, die bei den unterschiedlichen Regelungen in den einzelnen Bundesländern große Probleme habe, ihren Betrieb aufzunehmen. Es könne nicht sein, dass bei einer Busreise von Nordrhein-Westfalen nach Berlin, bei der drei weitere Bundesländer nämlich, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu durchfahren seien, fünf verschiedene Regularien gelten würden. Genau das müsse abgestimmt werden. Die FDP-Fraktion bittet um Zustimmung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, dass sich der Antrag in Teilen überlebt habe. Es seien dort einige richtige Dinge enthalten, so werde die schlechte Umsetzung der EU-Pauschalreiserichtlinie in deutsches Recht durch die Bundesregierung angeprangert. Auch DIE LINKE. hätte schon immer die niedrige Haftungsobergrenze kritisiert. Jetzt in der Corona-Krise bedeute das nämlich wieder, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für die Zeche aufkommen müssten. Die Bundesregierung wolle zwar einen Gesetzentwurf vorlegen, der dieses Problem angehe, allerdings für die Corona-Krise und die Betroffenen werde das zu spät sein. Es sei richtig, dass das Tauziehen um die Zwangsgutscheine in Europa endlich ein Ende habe. Mit den abgesicherten freiwilligen Gutscheinen, auf die die Bundesregierung setze, wisse auch jeder woran er sei. Dem Antrag der FDP fehle allerdings der ganze Aspekt der Jugendherbergen und gemeinnützigen Vereine, was ein Grund sei, weshalb sich die Fraktion enthalten werde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hielt fest, dass die Tourismuswirtschaft seit über drei Monaten auf eine auf sie zugeschnittene konkrete Hilfe warte. Zwar habe die Bundesregierung mit dem Konjunkturpaket einen Lösungsansatz für die Branche serviert, aber bei genauer Betrachtung sei aufgefallen, dass es nur ein Teil ein der Probleme löse. Selbstverständlich profitiere auch die Reisebranche von diesem Konjunkturpaket, das sei gar keine Frage, aber gewisse Spezialproblematiken, die in den vergangenen Wochen und Monaten zur Genüge diskutiert worden seien, würden davon nicht umfasst. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN habe mit einem eigenen Antrag auf Drucksache 19/18959 gangbare Lösungsvorschläge vorgelegt. Der Antrag der FDP greife nach Meinung der Fraktion zu kurz, weshalb man sich bei dieser Abstimmung enthalten werde.

Berlin, den 17. Juni 2020

**Dr. Klaus-Peter Schulze**  
Berichtersteller

**Gabriele Hiller-Ohm**  
Berichterstellerin

**Sebastian Münzenmaier**  
Berichtersteller

**Roman Müller-Böhm**  
Berichtersteller

**Kerstin Kassner**  
Berichterstellerin

**Markus Tressel**  
Berichtersteller



